

Kommentar: Benazir Bhutto vor dem Ende?

von Jorge Scholz

Mit Blick auf Pakistan, wo häufige Regierungswechsel zum auffälligsten Kontinuum einer bewegten Geschichte gehören, ist es wahrhaftig kein Kunststück, das baldige Scheitern einer Regierung vorherzusagen. Zu explosiv ist das Problemensemble in dem von diversen zentrifugalen politischen Kräften einem permanenten Reißtest ausgesetzten Vielvölkerstaat, als daß sich demokratisch legitimierte Politiker lange an der Macht behaupten könnten. Immerhin erlebt das Land mit der derzeitigen PPP/PML(J)-Koalitionsregierung unter der Führung von Benazir Bhutto bereits die siebente Administration seit 1988, als der Tod von Militärdiktator Zia-ul-Haq dem noch laufenden Experiment mit einem im weitesten Sinne demokratischen System den Weg ebnete. Doch es ist nicht nur das Gesetz der Serie, was zu düsteren Prognosen verleitet. Vielmehr lassen sich am Horizont der pakistanischen Innenpolitik gleich mehrere untrügliche Vorboten bevorstehender Turbulenzen ausmachen, die sich leicht zu einem Sturm auswachsen könnten, der nicht nur Bhutto, sondern leicht das ganze System hinwegfegen könnte: Pünktlich zum dreijährigen Dienstjubiläum, das die Premierministerin im Oktober begehen kann, ist das Ansehen der einst von den Massen wie eine Göttin verehrten Politikerin beinahe auf den Nullpunkt gesunken. Skandale wie der Kauf eines millionenschweren Herrensitzes bei London, Korruptionsaffären wie das umstrittene Mirage-Waffengeschäft sowie politische Kabinettsstückchen wie das "Aufkaufen" oppositioneller Abgeordneter und ganzer Provinzregierungen haben in der breiten Öffentlichkeit einen bitteren Beigeschmack hinterlassen. Die schamlose Plünderung der nationalen Finanzinstitutionen im großen Stil, die Instrumentalisierung staatlicher Behörden für private Zwecke sowie die ausufernde Vetternwirtschaft bei der Verteilung von Posten und Pfründen sind weitere Phänomene, die nicht nur nach Ansicht von Oppositionspolitikern mit dem Namen Benazir Bhutto verquickt sind. Nimmt man noch die diversen Verhaftungsaktionen gegen politische Gegner und das brutale Durchgreifen im Bürgerkriegsherd Karachi hinzu, wo Sicherheitskräfte mit öffentlicher Rückendeckung des Innenministers allein seit Anfang des Jahres mehrere hundert extra-legale Hinrichtungen exekutierten, fügt sich mit Blick auf Bhutto das Bild einer machiavellistischen Machtpolitikerin, der es primär um den Platz auf dem Regierungssessel geht.

Das Popularitätstief der Premierministerin verbindet sich in fataler Weise mit der schwersten wirtschaftlichen, institutionellen und politischen Krise, die Pakistan je erlebt hat. Die Inflation bewegt sich nach dem jüngsten Preisschub auf historischem Rekordniveau von fast 30 Prozent, während der Wert der Rupie gegenüber den westlichen Leitwährungen nach der letzten Abwertung so niedrig ist wie noch nie (1 DM/27 Rupien; vor einem Jahr waren es noch 21). Alle staatlichen Banken stehen aufgrund gigantischer Kreditbetrügereien mit Gesamtverlusten von geschätzten 123 Milliarden Rupien vor dem Bankrott. Staatliche Unternehmen wie 'Pakistan International Airlines' oder 'Pakistan Steel' bewegen sich ebenfalls am Rand des

Ruins. Hinzu kommt, daß der 'Internationale Währungsfond' (IMF) die dritte Tranche eines 600 Millionen Dollar Kredits in Höhe von 160 Millionen aus Protest gegen die Haushaltspolitik Islamabad's mit dem Hinweis auf angeblich "frisierte" Wirtschaftsdaten zurückhält. Der Besuch einer IMF-Delegation wurde im August kurzfristig abgesagt. Dadurch steht auch der Staat selbst kurz vor der Zahlungsunfähigkeit, da die zur Verfügung stehenden Währungsreserven nicht mehr ausreichen, um fällige Schuldentrückzahlungen in Höhe von 700 Millionen Dollar zu bedienen.

Längst bekommt auch die Bevölkerung die Auswirkungen der Wirtschaftskrise zu spüren. Während für Arme selbst Grundnahrungsmittel und Medikamente fast unerschwinglich teuer geworden sind, weckt die einseitig zu Lasten von Lohnempfängern und Unternehmern gehende Steuerpolitik der Regierung die Wut der urbanen Mittelschichten. Kaum ein Tag vergeht ohne Streiks bestimmter Berufsgruppen, kaum eine Woche ohne Großdemonstrationen zorniger Bürger. Längst wittert die Opposition Morgenluft und die Chance zum Machtwechsel. Vor kurzem hat sich ein aus 14 Parteien bestehendes Anti-Bhutto-Bündnis formiert, dem neben einer Reihe unbedeutender Splittergruppen von den Islamisten bis zu den Konservativen alle großen Oppositionsparteien angehören. Die Ein-Punkt-Agenda der sogenannten 'Pakistan Bachchao Tehreek' (Bewegung zur Rettung Pakistans) lautet schlicht: Absetzung Bhuttos und Neuwahlen. Da jedoch die Mehrheitsverhältnisse in den Parlamenten einen Sturz per Mißtrauensvotum nicht zulassen, muß entweder die Armee oder der Präsident nachhelfen. Während kaum ein Beobachter derzeit mit einem Putsch der Militärs rechnet, verdichten sich Spekulationen über ein Eingreifen von Präsident Leghari, der laut Verfassung die Regierung mit wenig Aufwand entlassen kann. Da er jedoch in letzter Zeit im auffälligen Schulterfluß mit dem Obersten Gerichtshof laut über die Etablierung neuer Anti-Korruptionsgerichte für Politiker und eine Ämter Sperre für verurteilte Volksvertreter nachdenkt, glauben nicht wenige, daß es nach einer Amtsentlassung der Bhutto-Regierung innerhalb der nächsten 90 Tage die vorgeschriebenen Neuwahlen geben würde. Oppositionsführer Nawaz Sharif, der selbst in zahlreiche Affären verwickelt ist, dürfte damit dann keine Chance für eine Rückkehr an die Macht haben. Kommentatoren rechnen vielmehr mit einer mindestens zwei Jahre amtierenden Übergangsregierung, die mit weitreichenden Vollmachten ausgestattet, den Augiasstall der pakistanischen Politik gründlich aufräumen soll. Als mögliches Modell gilt das mit viel Beifall bedachte Reformregime unter dem 1993 drei Monate amtierenden Übergangspremier Moeen Qureshi (siehe 'Südasiens', 7/93). Hierzu passen aktuelle Meldungen, wonach Staatsoberhaupt Leghari gegenwärtig die mögliche Vereinbarkeit eines solchen Projektes von Experten prüfen läßt. Dabei soll es auch um Reformen der Verfassung selbst gehen. Wenn die Zeichen also nicht trügen, steht diesmal nicht nur die Ablösung einer Regierung sondern ein Wechsel des Systems bevor.